UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARIES JAN 20 1937

Nachmittags- u. Abendausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 30. Dezember	Nr. 1729

Der Verband Ausländischer Pressevertreter an den Führer.

Berlin, 30. Dezember. Der Verband Ausländischer Pressevertreter e. V. in Berlin hat dem Führer und Reichskanzler anläßlich des Jahreswechsels folgendes Glückwunschschreiben überlandt:

„Hochverehrter Herr Reichskanzler!

„Als Krönung Ihrer Reden und Taten von 1936 müßte das kommende Jahr der Welt den allgemeinen Durchbruch zur Einsicht bescheren, daß ein in innerer und äußerer Stärke gleichberechtigtes politisch und wirtschaftlich gesichertes Deutsches Reich das beste Unterpfand Europas für Ruhe, Ordnung und Frieden ist. Möge Ihr Aufruf zum Zusammenschluß der Völkerfamilien Europas gegen feindliche Mächte die immer drohender emporsteigenden Gefahren endgültig bannen. Möge 1937 das Jahr sein der großen Ablehr von argwöhnischer Bruderfeindschaft angesichts des im Osten lauernden Chaos', das winkt Ihnen, Herr Reichskanzler, und dem gastlichen deutschen Volke im Namen des Verbandes Ausländischer Pressevertreter.

(gez.) Prof. Dr. J. Kuziela m. p.,
Vorsitzender.

(gez.) C. v. Kügelgen m. p.,
Geschäftsführer.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft „Reichsautobahnen".

Berlin, 30. Dezember. Die am 31. Dezember 1936 planmäßig aus dem Verwaltungsrat der Gesellschaft „Reichsautobahnen" ausscheidenden Herren A. Speer, Direktor der Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, Generalmajor A. Hühnlein, Korpsführer des NSKK., Mitglied des Preußischen Staatsrats, Berlin, Paul Körner, Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums, Mitglied des Preußischen Staatsrats, Berlin, Hermann R. Mündtmeyer, Kaufmann, Hamburg, Karl Renninger, Oberbürgermeister, Mannheim, Dr. Freiherr von Wilmowsky, Landrat a. D., Marienthal b. Naumburg (Saale) Land, sind vom Präsidenten des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Koenigs, im Einvernehmen mit dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, von neuem zu Mitgliedern dieses Verwaltungsrats berufen worden.

Den Vorsitz im Verwaltungsrat und Vorstand der Gesellschaft „Reichsautobahnen" führt Dr. Dorpmüller kraft Gesetzes in seiner Eigenschaft als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn.

Verbinderung von Vertragsbrüchen.

Berlin, 30. Dezember. Vielfach haben Gefolgschaftsmitglieder innerhalb der konjunkturbegünstigten Gewerbe und in der Landwirtschaft unter Bruch des Arbeitsvertrages ihre Arbeitsstelle vorzeitig verlassen. Dadurch wurde ein ordnungsmäßiger Arbeitseinsatz gefährdet.

In einer siebenten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes sind deshalb Bestimmungen über die Verhinderung rechtswidriger Lösung von Arbeitsverhältnissen erlassen worden. Hiernach kann in der Eisen- und Metallwirtschaft, dem Baugewerbe, der Ziegelindustrie und in der Landwirtschaft vom Unternehmer im Falle einer unberechtigten vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses durch das Gefolgschaftsmitglied das Arbeitsbuch bis zu dem Zeitpunkt zurückbehalten werden, in dem die Beschäftigung im Falle einer ordnungsmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses enden würde.

Zum Schutz der Gefolgschaftsmitglieder gegen eine mißbräuchliche Zurückbehaltung des Arbeitsbuches ist vorgesehen, daß im Streitfalle die sofortige Rückgabe des Arbeitsbuches durch einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts angeordnet werden kann.

Durchsichtige Greuelmeldungen über Danzig.

Danzig, 30. Dezember. In ausländischen Blättern sind, ausgehend von einer polnischen Agenturmeldung, phantastische Greuelmeldungen über Danzig verbreitet worden. Danach soll die Danziger politische Polizei während der Weihnachtsfeiertage Hunderte von Nationalsozialisten verhaftet und einige sogar erschossen (!) haben. Unter den Verhafteten sollen sich ausgerechnet 30 bis 40 SS-Führer aus der Umgebung des Gauleiters befinden.

Das sind nur einige Blütenlesen aus dieser neuesten Greuelpropaganda, die man von rechtswegen als schlechten Silvesterscherz abtun müßte. Da die Angelegenheit aber offensichtlich von gewissen Stellen ganz planmäßig aufgezogen worden ist, haben die zuständigen Danziger Stellen den Vertreter des DNB ermächtigt, festzustellen, daß die erwähnten Auslandsmeldungen von Anfang bis zu Ende frei erfunden sind. Weder ein einziger SS-Führer noch irgendeine Persönlichkeit aus der Umgebung des Gauleiters ist verhaftet worden, von den angeblichen Erschießungen ganz zu schweigen.

Damit entfallen auch alle Kombinationen, die in ausländischen Blättern an die Greuelmeldungen geknüpft worden sind. Im übrigen sind den zuständigen Danziger Stellen die Kreise sehr wohl bekannt, die mit derartig plumpen Mitteln ausgerechnet während der gegenwärtigen Danzig-polnischen Besprechungen eine Atmosphäre der Unruhe zu schaffen versuchen.

Jüdische Wucherer dingfest gemacht.

Wien, 30. Dezember. Einen geradezu unglaublichen Zinswucher trieben die aus Polen zugewanderten jüdischen Geldverleiher Naphtali Lewinter, Leibisch Friedmann, Moische Loeb-Ufiatynski und Moische Kaufmann, die am Donnerstag von der Wiener Polizei dingfest gemacht wurden.

Die Wucherer verlangten von den Gewerbetreibenden, die von ihnen Geld ausborgten, 48 bis 72 v. H. Zinsen im Jahr und schreckten vor keinem Mittel, auch nicht vor dem der Erpressung, zurück, um diese Zinsen einzutreiben.

Ein deutsch-holländischer Zwischenfall.

Amsterdam, 30. Dezember. Wie erst heute bekannt wird, hat sich am 23. Dezember bei einem Fußballspiel zwischen einer deutschen Auswahlmannschaft des Gaues Westfalen-Lippe des Fachamtes Fußball im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen und einer holländischen aus Haager Spielern bestehenden Auswahlmannschaft in Den Haag ein Flaggenzwischenfall ereignet, der ein bezeichnendes Schlaglicht auf die zurzeit in Holland herrschenden Verhältnisse wirft.

Der Zwischenfall ist insofernahe gravierend im Hinblick auf Ausschreitungen, die sich gegen deutsche Staatsbürger und die deutsche Nationalflagge anläßlich der Vorbereitungen zur Hochzeit der holländischen Kronprinzessin mit dem Prinzen zur Lippe-Biesterfeld ereignet haben.

Als das Fußballspiel zwischen dem deutschen Mannschaftsführer und dem Kreissportführer für das Land Lippe einerseits und dem Vertreter der holländischen Mannschaft andererseits abgeschroben wurde, verpflichteten sich die holländischen Veranstalter, wie es bei jeder internationalen Veranstaltung üblich ist, zum Hissen der deutschen Nationalflagge und zum Spielen der deutschen Nationalhymne.

Als die deutsche Mannschaft am Tage des Spiels den Sportplatz in Den Haag betrat, waren auf der Tribüne zwei schwarz-rot-gelbe und zwei schwarz-weiß-rote Flaggen gehißt, dagegen keine Hakenkreuzflagge. Der deutsche Mannschaftsführer erhob sofort Einspruch bei dem holländischen Mannschaftsleiter und beschaffte sich von der deutschen Gesandtschaft eine Hakenkreuzflagge. Unter dem Gejohle eines Teils des holländischen Publikums und Beifallsbezeugungen eines anderen Teils wurden dann die vier aufgezogenen Flaggen wieder niedergeholt und die Hakenkreuzflagge gehißt.

Als die Nationalhymnen gespielt werden sollten, stellte es sich heraus, daß die Kapelle angeblich das Deutschlandlied nicht spielen konnte. Die deutsche Mannschaft bestand daher darauf, daß selbstverständlich dann auch das Spielen der holländischen Hymne unterbleiben müßte. Schließlich schickte der holländische Veranstaltungsleiter, um allen unliebsamen Zwischenfällen vorzubeugen, die Musikkapelle fort.

Eine Anregung, das Spottlied „Lippe-Detmold, eine wunderschöne Stadt, Bum, Bum" als nationale Hymne spielen zu lassen, lehnte die deutsche Mannschaft entrüstet ab, da sie sich nicht verhöhnen lasse.

Erste Anwendung des Uniformgesetzes — gegen Notfront!

London, 30. Dezember. Das kürzlich in Kraft getretene Gesetz zur politischen Befriedung, das auch das Tragen von Uniformen verbietet, kam am Mittwoch zum ersten Mal zur Anwendung. Die Polizei unterrichtete die Jugendorganisation der Unabhängigen Arbeiterpartei (die den Kommunisten außerordentlich nahesteht) davon, daß es ihren Mitgliedern verboten sei, ihren uns rote Hemden zu tragen. Die Polizei werde alles Erforderliche tun, um die Durchführung des Gesetzes zu sichern.

Dieser Schritt der Polizei hat bei der Linken, die dieses Gesetz bekanntlich in der Hauptsache befürwortete, weil es gegen die britischen Faschisten gingen, Aerger und Bestürzung hervorgerufen. Wie üblich, versuchte die Terrororganisation sich damit zu entschuldigen, daß die roten Hemden „nur zu Sportzwecken" getragen würden. Die Polizei hat diesen faulen Schwindel jedoch nicht gelten lassen.

Perpignan Hauptquartier der spanischen Anarchisten.

Paris, 30. Dezember. In seinem zweiten Artikel über die französischen Freiwilligen-Transporte für die spanischen Bolschewisten stellt der französische Journalist Jean d'Esme im Intransigeant fest, daß das Hauptquartier der spanischen Anarchisten in Frankreich die südfranzösische Stadt Perpignan sei.

In dieser sonst so friedlichen Stadt werde ganzoffen Waffenschmuggel und Freiwilligen-Anwerbung für die Roten in Spanien betrieben. Der marxistische Stadtrat, der seit 1934 am Ruder sei, unterstütze dieses Treiben in allen Instanzen offen.

Das sogenannte Hauptquartier befinde sich in dem früheren Militärhospital mitten in der Stadt. Es werde instandgehalten, geheizt und beleuchtet auf Kosten der Stadt Perpignan. Hier finde man sämtliche Organisationen der Roten in Spanien, neben dem ständigen Verkehrskolal der marxistischen Partei das Anwerbungsbüro für die Freiwilligen und schließlich auch den sogenannten antifaschistischen Organisationsausschuß. Hier sammele man die Freiwilligen, bis sich wieder ein regelrechter Transport nach Spanien lohne.

Der Verfasser schildert, wie offizielle französische Persönlichkeiten — Stadträte, Abgeordnete, Mitglieder des Generalrats — ganz offen dieses Treiben unterstützen und Provisionen für Waffenschmuggeleien einstecken.

Kommunisten-Verhaftungen in Irlandul.

Irlandul, 30. Dezember. In Irlandul wurden etwa 20 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, kommunistische Flugblätter in irischer Sprache verbreitet zu haben. Unter ihnen befindet sich der Schriftsteller Nazim Hikmet. Auch eine Frau, die sich schriftstellerisch betätigte und deren Schriften eine kommunistische Gesinnung vertraten, wurde festgenommen. Weiter wurde ein Buchhändler verhaftet, der beschuldigt wird, daß die von ihm verlegten Werke kommunistische Tendenz aufweisen.

Die türkische Auffassung in der Sandschak-Frage.

Istanbul, 30. Dezember. Die türkische Presse nimmt zur Frage des Sandschaks Alexandrette Stellung und bespricht die gescheiterten Verhandlungen zwischen dem türkischen und dem französischen Außenminister in Paris. So schreibt u. a. die Zeitung Cumhuriyet: „Die Ergebnislosigkeit der Pariser Besprechungen hat uns unsere Ruhe nicht geraubt, da wir für alle Zufälligkeiten in dieser Angelegenheit Vorsorge getroffen haben."

Bedeutungsvoll in diesem Zusammenhang ist ein Telegramm, das der türkische Staatspräsident vor einigen Tagen zur Befreiungsfeier des nahe der türkisch-syrischen Grenze gelegenen Gaziantap an die Bewohner der Stadt richtete. Darin wird hervorgehoben, daß diese ausschließlich von Türken bewohnte Stadt sich seinerzeit mit eigenem Heldenmut befreite, ohne von irgendeiner Seite Unterstützung zu erhalten. Jede Stadt und jedes Dorf, die türkisch sind, sollten sich die Bürger von Gaziantap zum Vorbild nehmen. Er selbst, Atatürk, stehe zu denen, die in der geschichtlich türkischen Ländern das Türkentum durch Taten der Tapferkeit vereinigt haben.

Notlandung eines französischen Kanonenflugzeuges.

Paris, 30. Dezember. Nach einer Meldung der Zeitung Le Jour soll eines der sogenannten französischen Dewoitine-Kanonenflugzeuge, und zwar das Modell 500 Nr. 1 in Limoges gestartet, aber bei Nodez notgelandet sein. Darauthin habe man es abmontiert, um die Einzelteile nach Toulouse zu bringen.

Sowohl „Le Jour" als auch „Echo de Paris" behaupten, daß man bei dieser Gelegenheit seltsamerweise die Ziffern 510 Nr. 1 übermalt habe.

Die Einmischung der Sowjetunion und Frankreichs.

London, 30. Dezember. Die Daily Mail schreibt, das Foreign Office müsse sich bewußt sein, daß es die Sowjets waren, die vor mehr als sechs Monaten die Einmischungspolitik eröffneten, und daß die spanischen Noten nach dem Zeugnis führender französischer Zeitungen schon seit langer Zeit von französischer Seite auf breiteter Grundlage Hilfe an Mannschaften und Kriegsmaterial erhielten. Die Errichtung eines marxistischen Mordstaates im Westen Europas würde, so schließt das Blatt, für die Zivilisation und den Frieden eine unerträgliche Gefahr sein.

Kommunistisches Komplott aufgedeckt.

Buenos Aires, 30. Dezember. Bei der Untersuchung eines Diebstahls zahlreicher militärischer Geheimpapiere in der Kadettenanstalt von San Martin kam die Kriminalpolizei einem weitverzweigten kommunistischen Komplott auf die Spur, dessen Ziel die Untergrabung der Landesfischerheit war.

Bisher wurden 29 Personen, durchweg Kommunisten, verhaftet. Hausuchungen förderten umfangreiches Belastungsmaterial zutage. Das Material erbrachte den einwandfreien Beweis, daß die Verhafteten auf direkte Anweisung der Komintern in Moskau berichtet haben, die kommunistischen Ideen im argentinischen Heer zu verbreiten.

Kriegszustand im Staate Matto Grosso.

Rio de Janeiro, 30. Dezember. Der brasilianische Staatspräsident beschloß, den Kommandanten der Bundesgarnision im Staate Matto Grosso mit der Verkündung des Kriegszustandes für den Staat zu beauftragen. Man sieht den Kriegszustand als notwendig an, um Folgen der heftigen politischen Spannung auszuschalten, die im Staate Matto Grosso durch einen Mordanschlag auf zwei oppositionelle Senatoren hervorgerufen wurde. Mit der Durchführung wurde der Staatsgouverneur nicht betraut, da er im Verdacht steht, den Mordanschlag organisiert zu haben.

* Die Abgeordneten der Opposition im Staatsparlament, die neuerdings die Mehrheit hatten, mußten sich in die Kaserne der Bundesgarnision in Cuyaba flüchten, da der Staatsgouverneur Vorbereitungen getroffen hatte, seinen Posten mit Gewalt zu verteidigen.

Der Gouverneur des Staates Sao Paulo zurückgetreten.

Rio de Janeiro, 30. Dezember. Am Dienstag ist der Gouverneur des Staates Pao Paulo, Dr. de Oliveira, zurückgetreten, um für die 1938 stattfindende Wahl des brasilianischen Staatspräsidenten zu kandidieren. Das Staatsparlament von Sao Paulo wird in den nächsten Tagen einen neuen Gouverneur wählen.

Ehrenzeichen für chinesischen Olympia-Sonderdelegierten.

Nanking, 30. Dezember. Der deutsche Botschafter Trautmann überreichte dem Präsidenten des chinesischen Reichsamts für Beamtenprüfungen, Taichitao, der als Sonderdelegierter der chinesischen Regierung an der Olympiade teilgenommen hatte, in Anerkennung seiner Verdienste das deutsche Olympia-Ehrenzeichen Erster Klasse.

Präsident Taichitao erinnerte in seiner Dankansprache an seinen denkwürdigen Besuch beim Führer und schilderte dann die tiefen Eindrücke, die er selbst und auch sämtliche chinesischen Olympiateilnehmer vom Geist des neuen Deutschlands, dem Fleiß und der Disziplin des deutschen Volkes und von der Wiederaufbauarbeit in Deutschland erhalten hätten. Abschließend wies er auf die nachhaltige Bedeutung dieser Eindrücke auch für China hin.

Tschiangkaischeks erneutes Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Nanking, 30. Dezember. Das erneute Rücktrittsgesuch Tschiangkaischeks, das der Marschall aus Gesundheitsrücksichten und, weil er die Revolte in Sianfu nicht habe verhindern können, eingereicht hatte, wurde vom ständigen Ausschuß des Zentralexekutivkomitees der Kuomintang wiederum abgelehnt. Der Ausschuß genehmigte dem Marschall jedoch einen einmonatigen Urlaub, damit sich Tschiangkaischek von den Anstrengungen der letzten Wochen erholen könne.

Der Militärausschuß bildete ein Sonderkriegsgericht, das voraussichtlich am 31. Dezember mit der Verhandlung gegen Tschanghsueliang beginnen wird.

Zwei chinesisch-japanische Zwischenfälle beigelegt.

Nanking, 30. Dezember. Die Vereinigung des Tschengtu-Zwischenfalles wird nunmehr durch einen Notenwechsel zwischen dem chinesischen Außenamt und dem japanischen Botschafter bestätigt. Für die Ermordung zweier Japaner und für zwei verwundete Japaner zahlte die chinesische Regierung danach an Japan rund 99 000 chinesische Dollars. Zwei Schuldige wurden enthaftet, mehrere Militärs anderweitig bestraft. Außerdem wurde der verantwortliche Polizeichef und Garnisonkommandeur von Tschengtu entlassen.

Auch der Zwischenfall von Pathoi wurde durch Zahlung von 30 000 chinesischen Dollars und Bestrafung der Schuldigen bzw. der verantwortlichen Sicherheitsorgane als Sühne für einen ermordeten japanischen Dragisten beigelegt.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Reinickendorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.